

"Einladung der Abgeordneten der Kandidatenländer nach Straßburg" in Le Monde (19. November 2002)

Legende: Vor der für 2004 vorgesehenen Erweiterung der Europäischen Union bereitet sich das Europäische Parlament auf die erhöhte Mitgliederzahl sowie die neue Sitzverteilung vor. Am 9. November 2002 findet eine symbolische Sitzung des Parlaments in Straßburg statt, bei der die europäischen Fraktionen 214 Abgeordnete aus beitragswilligen Staaten empfangen.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Colombani, Jean-Marie ; RRéd. Chef Plenel, Edwy. 19.11.2002, n° 17983, 58e année. Paris: Société Editrice du Monde (SAS). "Des élus des pays candidats sont invités à Strasbourg", auteur:Rivais, Rafaële , p. 5.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/einladung_der_abgeordneten_der_kandidatenlander_nach_strasbourg_in_le_monde_19_november_2002-de-b24367bc-9802-4a9a-bd7a-049210e812ca.html



Publication date: 05/07/2016

Einladung der Abgeordneten der Kandidatenländer nach Straßburg

Mehr als 200 Volksvertreter aus den 13 Staaten, die sich um ihren Eintritt in die Union bemühen, werden am Dienstag neben den Europa-Abgeordneten an einer symbolträchtigen Sitzung teilnehmen. Ein Vorgeschmack auf die Erweiterung im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels.

BRÜSSEL

aus unserem Europabüro

Pat Cox, der Präsident des Europäischen Parlaments, hat die „Wiedervereinigung Europas“ zu einer der Prioritäten seines Mandats gemacht. Um den Staats- und Regierungschefs zu demonstrieren, dass das Parlament „die Erweiterung so schnell wie möglich“ will, ergriff er noch vor dem Sommer und mit Unterstützung aller Fraktionsvorsitzenden die Initiative, die gewählten Volksvertreter der Länder, die der Union beitreten wollen, nach Straßburg einzuladen.

Das Parlament lud 214 Abgeordnete ein, die nicht nur die zehn Länder repräsentieren, die schon 2004 beitrittsbereit sind (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Zypern, Malta und Slowenien), sondern auch Rumänien und Bulgarien, obwohl sie voraussichtlich erst 2007 beitreten werden, sowie die Türkei, die noch gar keinen Kandidatenstatus hat.

Die Zahl sowie die Aufteilung dieser Abgeordneten entspricht den Vereinbarungen des Vertrags von Nizza, jedoch mit einigen parlamentarischen Korrekturen, um das demographische Gewicht Ungarns, der Tschechischen Republik und Maltas besser zu berücksichtigen. Das Parlament fügte zudem 12 Sitze für die Türkei hinzu. Diese Anzahl entspricht keineswegs der Bevölkerung dieses Landes, sondern der kleinen Zahl von Abgeordneten, die im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei tagen.

Das Europäische Parlament hat beschlossen, dass diese 214 nationalen Volksvertreter am 19. November einen Morgen lang gemeinsam mit den 626 im Juni 1999 gewählten Europaabgeordneten tagen sollen. Sie wurden aufgefordert, ihre Plätze in den bereits bestehenden Fraktionen einzunehmen, damit sie sich als „Mitglieder der europäischen Familie“ fühlen. Eine eindeutige Mehrheit dieser Europaabgeordneten für einen Tag wählte die beiden großen Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Europäischen Volkspartei (EVP, rechts).

Die SPE wird mit 79 Abgeordneten an erster Stelle liegen, insbesondere dank der regierenden Parteien Polens und Rumäniens, der beiden ehemaligen Ostblockländer mit der höchsten Bevölkerungsdichte. Zu dieser Fraktion stoßen auch die Parteien des ungarischen Premierministers Peter Medgyessi und des tschechischen Premiers Vladimir Spidla. Die SPE akzeptierte darüber hinaus eine Reihe von Parteien, die nicht Mitglied der Sozialistischen Internationalen sind, sondern lediglich Beobachter, wie die bulgarische Sozialistische Partei unter Präsident Georgi Parwanow oder die Sozialdemokratische Partei des rumänischen Präsidenten Ion Iliescu.

Mit 66 Abgeordneten nimmt die EVP zwar weniger auf, sie bleibt jedoch die größte Fraktion in diesem Prototyp eines erweiterten Parlaments. Sie lehnte die Kandidatur gewisser populistischer Formationen ab, darunter beispielsweise die Nationale Bewegung Simeon II., des ehemaligen bulgarischen Königs und jetzigen Premierministers, und die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) von Vladimir Meciar. Dagegen akzeptierte die EVP die Partei Fidesz des ungarischen Nationalisten Viktor Orban, sowie die ODS, die Partei des Tschechen Vaclav Klaus; die Hälfte seiner Abgeordneten zog es jedoch vor, sich der Fraktion Union für das Europa der Nationen von Charles Pasqua anzuschließen, die übrigens großen Erfolg hat: mit derzeit 11 Abgeordneten, darunter die Partei für Groß-Rumänien, von der Jean-Marie Le Pen doch gehofft hatte, er könne sie auf seine Seite ziehen.

Der Front National dürfte lediglich 3 Abgeordnete aus der Liga Polnischer Familien aufnehmen, die auf jeden Fall fraktionslos bleiben werden.

Voraussichtlich 19 Abgeordnete werden sich den Liberalen anschließen. Die Vereinigte Europäische Linke,

ein Zusammenschluss von Kommunisten, empfängt fünf Volksvertreter. Die Grünen, die in den Kandidatenländern schwach vertreten sind, nehmen nur zwei Gäste auf, einen Zyprioten und einen Letten; ihre Befürchtungen hinsichtlich der Europawahlen im Juni 2004 werden dadurch nur verstärkt.

Die türkischen Abgeordneten werden wahrscheinlich aufgrund der kürzlich erfolgten Wahlen, bei denen die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) gewonnen hat, nicht präsent sein. Ohne es zuzugeben, atmen die meisten Fraktionen erleichtert auf: Wahrscheinlich hätten sie es abgelehnt, sie aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses in ihre Reihen aufzunehmen. Hans-Gerd Pöttering, Vorsitzender der EVP-Fraktion, die hauptsächlich aus Christdemokraten besteht, weigert sich zu sagen, ob er diese Abgeordneten, die sich selbst als moderate Konservative darstellen, akzeptiert hätte: Er betrachtet diese Frage als „*theoretisch*“.

Die heikle Frage des Beitritts der Türkei zur Union, die Valéry Giscard d'Estaing, der Präsident des Konvents für die Zukunft Europas, aufgebracht hat, wird eingehender behandelt werden, wenn man die Fortschritte der Türkei im letzten Jahr prüfen wird, so wie anlässlich der Abstimmung am Mittwoch. Die Liberalen fordern, Europa solle den Status der Türkei als „*Beitrittskandidat*“, das heißt „*Mitglied*“ der Europäischen Union bestätigen; die EVP schlägt dagegen vor, die Union solle ihre Strategie für dieses Land neu überdenken und eher eine neue Art der *Partnerschaft* in Aussicht stellen.

Rafaële Rivais